

# PND

## UNSER PLAN FÜR MORGEN

PLAN NATIONAL  
POUR UN DÉVELOPPEMENT DURABLE  
DEUTSCHE KURZFASSUNG



## **IMPRESSUM**

**Herausgeber:** Ministerium für Nachhaltige Entwicklung und Infrastrukturen

**Redaktion :** «Commission interdépartementale de développement durable» der Luxemburger Regierung

**Wissenschaftliche Begleitung:** Dr. Joachim H. Spangenberg

**Layout und Koordination:** Comed

**Druck:** Imprimerie Centrale

Gedruckt auf Cyclus Offset Papier aus 100 % Recyclingfasern

Auflage: 3.500 (Mai 2011)

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

weshalb eine Broschüre zum Nationalen Plan für eine nachhaltige Entwicklung?

Das Gesetz zum Nationalen Plan für eine nachhaltige Entwicklung verpflichtet uns, diesem Plan die größtmögliche Bekanntheit zu verschaffen. Doch diese gesetzliche Verpflichtung war sicherlich nicht der einzige Grund zur Herausgabe dieser Broschüre.

Für uns ist es wichtig, Ihnen das vorzustellen, was die Regierung unternehmen will, um in Luxemburg eine Entwicklung sicherzustellen, die Ökologie, Ökonomie und Soziales in sich vereint und die Lebensqualität eines jeden Einzelnen steigert. Ziel ist die Gewährleistung einer Entwicklung, die die natürlichen Ressourcen und die biologische Vielfalt achtet sowie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unterstützt, ohne dabei die soziale Zielsetzung der Entwicklung – Bekämpfung der Armut, von Ungleichheiten und der sozialen Ausgrenzung sowie das Bemühen um Gleichstellung – aus dem Auge zu verlieren und ohne dabei die Entwicklung künftiger Generationen, also unserer Kinder und Enkel, aufs Spiel zu setzen.

Vor einem Jahr haben wir den Ökologischen Fußabdruck Luxemburgs vorgestellt, mit dem die natürlichen Ressourcen gemessen werden, die wir benötigen, um uns zu ernähren, um zu wohnen, zu reisen usw. Der Ökologische Fußabdruck ermöglicht ein Ermessen der Folgen für unsere natürlichen Ressourcen und unsere biologische Vielfalt, unsere Flächennutzung und den Klimawandel. Dabei mussten wir feststellen, dass – unter Berücksichtigung des Konsums durch Grenzgänger und des Verkaufs von Treibstoff an Gebietsfremde – der Ökologische Fußabdruck des Großherzogtums Luxemburg insgesamt 11,82 ha je Einwohner beträgt, was den größten bisher gemessenen Fußabdruck bedeutet. Mit anderen Worten: Wäre Luxemburg ein Planet, so wären 5,5 zusätzliche Planeten erforderlich, um seinen gesamten Bedarf zu decken. Diese objektive Feststellung hebt die Notwendigkeit hervor, zu Verhaltensweisen überzugehen, die mit einer nachhaltigen Entwicklung besser vereinbar sind.

Aber auch andere Entwicklungen unserer Gesellschaft sind genauso besorgniserregend und stellen uns vor große Herausforderungen, insbesondere bei der Bekämpfung der Armut und bei der Integration unserer nicht-luxemburgischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Zur Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung in Luxemburg gehört ebenso den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg aufzulösen, wie auch die Bekämpfung der „Wohlstandskrankheiten“, die auf moderne Lebensweisen zurückzuführen sind.

Diese Herausforderungen greift der Nationale Plan für eine nachhaltige Entwicklung auf. In der vorliegenden Broschüre werden die nicht-nachhaltigen Tendenzen Luxemburgs, also die einer nachhaltigen Entwicklung entgegenstehenden Tendenzen, dargelegt und darüber hinaus eine Auswahl der Ziele und Maßnahmen vorgestellt, die die Regierung anstreben bzw. durchführen will, um sich diesen Tendenzen zu stellen und ihnen entgegenzuwirken. Wenn Sie an einer Gesamtdarstellung interessiert sind, laden wir Sie ein, sich die vollständige Fassung des Nationalen Plans für eine nachhaltige Entwicklung auf [www.pnnd.lu](http://www.pnnd.lu) anzuschauen.



CLAUDE WISELER

Ministre du Développement durable  
et des Infrastructures



MARCO SCHANK

Ministre délégué au Développement durable  
et aux Infrastructures

## SOMMAIRE

► BIOLOGISCHE VIELFALT UND NATÜRLICHE RESSOURCEN	06-07
► RAUMNUTZUNG	08-09
► KLIMA	10-11
► VERKEHR	12-13
► ARMUT	14-15
► SOZIALER ZUSAMMENHALT	16-17
► GESUNDHEIT	18-19
► DEMOGRAFISCHER WANDEL	20-21
► WIRTSCHAFT	22-23

► ÖFFENTLICHE FINANZEN	24-25
► INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT	26-27
► BILDUNG	28-29
► GLEICHSTELLUNG	30-31
► POLITISCHE KOHÄRENZ	32-33
► NOTIZEN	34-35



# BIOLOGISCHE VIelfALT UND NATÜRLICHE RESSOURCEN

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Seit 30 Jahren geht die biologische Vielfalt in Luxemburg besorgniserregend zurück. Verantwortlich hierfür sind das Wachstum städtischer Ballungsräume, Gewerbegebiete und die Intensivierung der Landwirtschaft. Bedroht sind bestimmte Pflanzenarten (z. B. Farne) sowie zahlreiche wild lebende Tiere. So sind 62 % der Fische, 61,5 % der Amphibien, 54,8 % der Säugetiere, 41,5 % der Vögel und 33 % der Reptilien in Luxemburg bedroht. Auch der Anteil geschädigter Bäume hat stark zugenommen (fast zwei Drittel der Bäume weisen sichtbare Schäden auf).

Von den natürlichen Ressourcen befindet sich 93 % des **Wassers** in einem mäßigen bis schlechten Zustand, hauptsächlich aufgrund von nicht ausreichend gereinigtem Abwasser und von Verschmutzungen unterschiedlicher Herkunft. Beim **Boden** beträgt der tägliche Flächenverbrauch ca. 1,3 h. Das entspricht 4,3 km<sup>2</sup> jährlich, die von unbebauten in bebaute Flächen umgewandelt werden. Die **Luftqualität** weist zwar in den letzten Jahren Verbesserungen auf, doch sind die Emissionen der Stickstoffdioxide (NO<sub>2</sub>) und die Feinstaubpartikel (PM<sub>10</sub>) an den großen Verkehrsknotenpunkten in Luxemburg-Stadt kritisch. Die Ressource **Material** wirft dann Probleme auf, wenn sie nach ihrer Nutzung

zum Abfall wird. Trotz teilweise hoher Wiederverwertungsquoten nimmt das Aufkommen elektrischer und elektronischer Abfälle, von Verpackungen, Kunststoffen und Bauschutt in Luxemburg rasant zu.

In den Bereichen Bauen und Wohnen, Mobilität und Ernährung spielt die Nachhaltigkeit von Konsum und Produktion eine wichtige Rolle. So nimmt die durchschnittliche **Wohnfläche** von Einfamilienhäusern in Luxemburg seit Jahren konstant zu (von 135 m<sup>2</sup> in den 70er Jahren auf 187 m<sup>2</sup> im Jahre 2005). Zur **Ernährung** der Bevölkerung benötigt Luxemburg derzeit etwa das Doppelte seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche, vor allem wegen eines hohen Verbrauchs tierischer Nahrungsmittel (über 90 kg Fleisch/Einwohner pro Jahr). Auch die öffentliche Hand hat ihre Möglichkeiten noch längst nicht ausgeschöpft, den Konsum in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sicherheit in Richtung einer sozial-ökologischen Nachhaltigkeit zu beeinflussen.



## SO KÖNNEN SIE BEI IHREM EINKAUF AUF NACHHALTIGKEIT ACHTEN:

- *Bevorzugen Sie Produkte aus der Region (kurze Transportwege) entsprechend der Saison*
- *Kaufen Sie Lebensmittel mit geringem Einsatz von Energie, Ressourcen und Pflanzenschutzmitteln, zum Beispiel aus auf Nachhaltigkeit geprüfter Produktion oder Biolebensmittel*
- *Beachten Sie die Positivliste energieeffizienter Haushaltsprodukte*
- *Verzichten Sie auf aufwendige Verpackungen*
- *Gerade beim Fleisch gilt: besser und weniger ist mehr*

## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN

### STOP DES VERLUSTS DER BIOLOGISCHEN VIELFALT :

- Erhaltung und Schaffung ökologisch wertvoller Flächen und von Landschaftsstrukturelementen (u. a. biologische Korridore und Vernetzung der Natura-2000-Gebiete)
- Gezielte Natur- und Artenschutzmaßnahmen mit Hilfe des Umweltfonds
- Ausrichtung der Landwirtschaft auf Nachhaltigkeit und integrierte Landbewirtschaftung (optimaler Kompromiss zwischen Ökologie und Ökonomie)
- Steigerung des Flächenanteils des biologischen Landbaus auf 10 % bis 2020
- Verzicht auf den Anbau genetisch veränderter Kulturpflanzen

### SCHONUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN :

- Langfristig Ersetzung der fossilen Energie durch erneuerbare Energien (11 % bis 2020)
- Steigerung der Energieeffizienz und Senkung des Gesamtenergieverbrauchs
- Verringerung des Flächenverbrauchs auf höchstens 1 ha pro Tag
- Nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldflächen
- Abfallvermeidung als oberstes Ziel der Abfallbehandlung
- Größtmögliche Wiederverwertungsquote über Sammelsysteme
- Förderung der Nachhaltigkeit bei der Produktgestaltung
- Positivliste energieeffizienter Haushaltsprodukte
- Einführung von Nachhaltigkeitskriterien sowie sozialen Aspekten in das öffentliche Beschaffungswesen



# RAUMNUTZUNG

---

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

In den letzten 20 Jahren hat sich Luxemburg sehr dynamisch entwickelt und ist zu einem wirtschaftlichen Motor der Großregion geworden. Dadurch bedingt stieg die Zahl der Arbeitsplätze, der Einwohner und der Grenzgänger. Der wirtschaftliche Strukturwandel brachte auch den bereits genannten hohen Flächenverbrauch mit sich.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist u. a. die funktionale Trennung der Flächen. Arbeitsplätze werden vorrangig in der Stadt Luxemburg oder den Nachbargemeinden angesiedelt (50 %), während der Wohnsitz in die Randbereiche der Ballungsgebiete und in den ländlichen Raum verlegt wird. Gefördert werden diese Prozesse durch eine unzureichende Koordinierung der Baulandausweisung durch die Gemeinden und einen extremen Anstieg der Baupreise im ganzen Land und besonders im Zentrum.

Hinzu kommt, dass Siedlungen oft an Standorten entstehen, die sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln auf Dauer nicht zweckmäßig erschließen lassen.

Dies begünstigt den Individualverkehr und führt zu einer weiteren Zerschneidung von bereits stark zersplitterten Flächen. Daraus ergeben sich nachteilige Auswirkungen auf die Landschaftsqualität, andere Nutzungsarten und die biologische Vielfalt. Da die so entstandenen Strukturen langfristig wirksam bzw. sogar unumkehrbar sind und die Fläche eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource darstellt, kommt den Überlegungen zur Raumnutzung im Nachhaltigkeitsplan eine Querschnittsfunktion zu; ihnen muss in allen Politikbereichen Aufmerksamkeit gezollt werden.

Mit dem Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept (IVL) von 2004 verfügt Luxemburg bereits über einen ehrgeizigen Rahmen der Raum- und Regionalentwicklung, dessen schrittweise Umsetzung auch den Zielen der nachhaltigen Entwicklung des Landes dient.





## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN:

### NACHHALTIGE RAUMENTWICKLUNG:

- Festlegung und Umsetzung einer rechtsverbindlichen Landesplanung (Sektorpläne für Landschaft, Wohnen, Gewerbegebiete und Verkehr)
- Erneuerung der kommunalen Flächennutzungspläne bis 2015
- Pilotprojekte zur Regionalplanung in einer ländlichen und städtischen Region bis 2016/2017
- Minimierung der Neuausweisung von Bauland bis 2021 vor allem durch entsprechende Verdichtungsmaßnahmen im Bestand.
- Erstellung eines Berichts zur Raumentwicklung (alle fünf Jahre)
- Gemeinsame Gestaltung grenzüberschreitender Ballungsräume (insbesondere Alzette-Belval)

### INTELLIGENTE NUTZUNG VON BAULAND:

- Bodensparende Bauformen und verdichtete Bauweise
- Nutzung von Baulandreserven statt Erweiterung der Baulandflächen
- Erhebung einer kommunalen Sonderabgabe für nicht bewohnte Wohngebäude bzw. nicht bebaute Grundstücke im Gemeindegebiet
- Finanzielle Unterstützung von Gemeinden bei nachhaltigen Baumaßnahmen (Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, harmonische Entwicklung, Baudichte von 25 Wohneinheiten pro ha)

## SO TRAGEN SIE ZUM NACHHALTIGEN BAUEN UND WOHNEN BEI:

- *Nutzen Sie bodensparende Bauformen von Einfamilienhäusern (z. Bsp. : Reihenhäuser)*
- *Achten Sie bei der Wohnortwahl auf einen einfachen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln*
- *Passen Sie Ihre Bauweise den örtlichen Gegebenheiten an*

# KLIMA

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Die Bewältigung des Klimawandels ist eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. In Europa ist die Durchschnittstemperatur in den letzten 150 Jahren um 0,9 % gestiegen. Diese **Erderwärmung** ist laut IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) in den letzten 50 Jahren weit überwiegend auf den Menschen und dessen Aktivitäten zurückzuführen. Ohne ein Gegensteuern ist bis 2100 mit einem weiteren Anstieg der Durchschnittstemperatur bis zu 4,0°C zu rechnen. Die weltweiten Folgen wären übermässiger Regen, Überschwemmungen, Hitzewellen, Trockenperioden und Wasserknappheit sowie ein Anstieg des Meeresspiegels um 18 bis 59 cm. Beim Schmelzen bzw. Abrutschen des Eises in Grönland und in der West-Antarktis würde der Meeresspiegel sogar um 7 bis 20 m ansteigen.

Neben den Auswirkungen für Mensch und Natur werden die **Kosten des Klimawandels** für die Weltwirtschaft bei Untätigkeit auf 5 – 20 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) geschätzt. Auch deshalb sollte laut IPCC der Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf 2°C beschränkt werden; diesem Ziel hat sich in Cancun die Weltgemeinschaft angeschlossen. Die Kosten für eine Stabilisierung der Treibhausgasemissionen werden auf 0,12 % der jährlichen BIP-Zuwachsraten geschätzt.

Somit sind die wirtschaftlichen Kosten eines Handelns im Sinne des Klimaschutzes beträchtlich geringer als die Kosten, die sich aus der Untätigkeit ergeben. Damit wird **Energieeffizienz** zu einem Schlüsselparame- ter der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

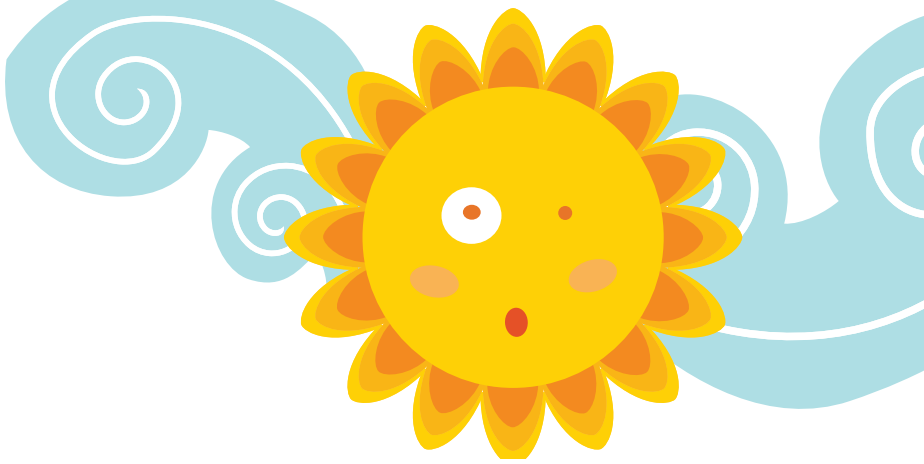
Das steht im Gegensatz zu den Energieprognosen nach denen die Energienachfrage bis 2030 um 50 % steigen soll, die im Verkehrssektor zu 95 % durch Erdöl gedeckt wird.

Zwischen 1990 und 1998 gingen die **Treibhausgas- emissionen** in Luxemburg zurück, überwiegend durch die Umstrukturierung der Stahlindustrie. 2005 lagen die Emissionen wieder auf demselben Stand wie 1990, hauptsächlich aufgrund des zunehmenden Verkehrs.

Nachhaltigkeit erfordern u. a. eine Energiepolitik im Einklang mit den Zielen der Versorgungssicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit sowie eine Klimaschutzpolitik, wie vom Partenariat für Klima und Umwelt entwickelt, einschließlich einer Anpassungsstrategie an die bereits unvermeidlichen Folgen des Klimawandels.

## SO KÖNNEN SIE NACHHALTIGE MASSNAHMEN GEGEN DEN KLIMAWANDEL ERGREIFEN:

- *Sanieren Sie Ihr Haus energetisch*
- *Bauen Sie Ihr Haus nach dem Passiv- oder Niedrigenergiehaus-Standard*
- *Kaufen Sie energieeffiziente Haushaltsprodukte*



## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN:

### EMISSIONSMINDERUNG:

- Verringerung der Treibhausgasemissionen gegenüber 2005 um mindestens 20 % bis 2020
- Beiträge zum Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 2°C
- Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auf Basis erneuerbarer Energien
- Klimaverträglichkeitsstudien aller relevanten Investitionen und Gesetzesvorhaben
- Subventionen für Elektroautos
- Unterstützung einer europäischen CO<sub>2</sub>-Abgabe, Analyse der Besteuerung von Kerosin
- Analyse der Möglichkeiten zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch die Landwirtschaft
- Nutzung von zertifiziertem „grünen“ Strom durch die Behörden
- Programme zur Waldverjüngung (Ziel: nachhaltige Holznutzung und CO<sub>2</sub>-Fixierung)

### ENERGIEEINSPARUNG:

- Steigerung der Energieeffizienz (Einsparung mindestens 9 % bis 2016)
- Konsequente Umsetzung des Energieeffizienz-Aktionsplans
- Neues Finanzierungsmodell für Investitionen zur Energieeinsparung
- Förderung des Kaufs energieeffizienter Haushaltsprodukte
- Energetische Sanierung von Altbauten
- Verbindlicher Niedrigenergiehaus-Standard für Neubauten
- Staatliche Beihilfen im subventionierten Wohnungsbau nur für Wohnbauten mit Niedrigenergiestandard
- Nutzung erneuerbarer Energien in öffentlichen Gebäuden
- Ersetzung der fossilen Energie durch erneuerbare Energien (11 % bis 2020)
- Pilotprojekte zur Energie-Unabhängigkeit von Siedlungen

# VERKEHR

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Der Anstieg der Luxemburger **CO2-Emissionen** ist zum größten Teil auf die Steigerungen im Verkehrssektor zurückzuführen (Anstieg von 1990 bis 2005 um ca. 175 %). Parallel führte das durchschnittliche Wirtschaftswachstum von 5 – 6 % pro Jahr zu einem jährlichen Zuwachs von ca. 10.000 Arbeitsplätzen, hauptsächlich in der Agglomeration der Stadt Luxemburg. Daraus resultiert ein starkes Verkehrsaufkommen zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum.

Die Grenzgänger (140.000) legen ihre täglichen Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsplatz zu 85 % im Pkw zurück; die durchschnittliche Fahrtstrecke ist dabei etwa dreimal so lange wie die von durchschnittlichen Einwohnern zurückgelegte Strecke. Auch dadurch stieg das Verkehrsaufkommen weiter an.

Bedingt durch den hohen Lebensstandard, die Lage im Herzen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete Europas und den regen Austausch mit den Nachbarländern ist der **Personenverkehr überdurchschnittlich intensiv**. Mit knapp 400.000 Kraftfahrzeugen nimmt der Motorisierungsgrad des Landes in der Europäischen

Union einen Spitzenplatz ein. Dagegen hat der **öffentliche Verkehr** im Inland nur einen Anteil von 16 %, bei Berücksichtigung des grenzüberschreitenden Verkehrs sogar nur 12 % (2002). Der Anstieg des Verkehrsaufkommens ist also eng mit dem wirtschaftlichen Wachstum in Luxemburg verknüpft. Eine Entkopplung dieser beiden Entwicklungen stellt eine große Herausforderung für die Nachhaltigkeit Luxemburgs dar und muss über eine umweltgerechte Verkehrsinfrastruktur sowie eine wirksame landesplanerische Entwicklung erfolgen.

Schätzungsweise 75 % des in Luxemburg verkauften **Treibstoffs** werden, bedingt durch niedrigere Preise gegenüber dem Ausland, exportiert. Da die im Ausland entstehenden Emissionen Luxemburg angerechnet werden, wirkt sich ihr derzeitiger Anteil von ca. 45 % besonders nachteilig auf die Luxemburger Klimabilanz aus. Um diese Entwicklung beim Treibstoffexport zurückzuführen, gilt es die Treibstoffpreise schrittweise an die der Nachbarländer anzugleichen.



## SO KÖNNEN SIE ZU EINER NACHHALTIGEN VERKEHRSENTWICKLUNG BEITRAGEN:

- *Nutzen Sie den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)*
- *Nehmen Sie die Angebote zur sanften Mobilität in Anspruch (z. Bsp.: Fahrrad)*
- *Erwägen Sie die Anschaffung eines sparsamen und emissionsarmen Autos*

## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN :



### REDUZIERUNG DES INDIVIDUALVERKEHRS:

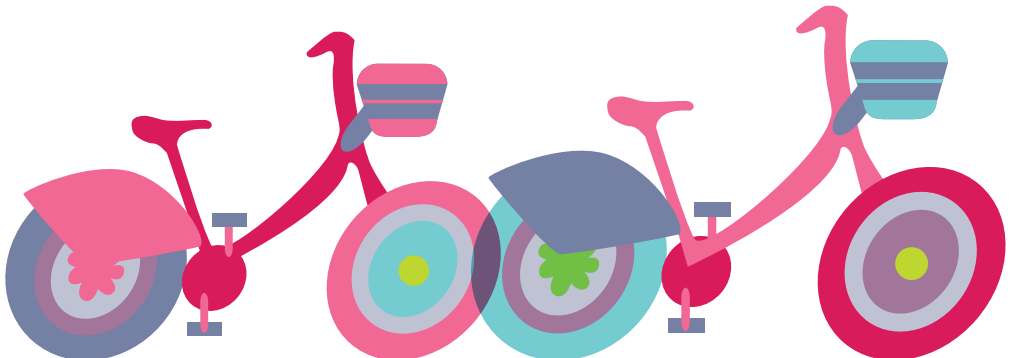
- Quantitative und qualitative Verbesserung des Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln (Ziel: Anteil am Personenverkehr bis 2020: 25 %)
- Bau einer Trambahn in der Stadt Luxemburg mit dazugehörigen Peripherie-Bahnhöfen bis 2017
- Kontinuierlicher Ausbau des Schienennetzes
- Kontinuierliche Einrichtung von Busspuren
- Analyse zur Einrichtung eines Rufbusdienstes in schwach besiedelten Gebieten
- Einführung eines restriktiven Parkraum-managements
- Aktionsplan für grenzüberschreitende Mobilität mit Frankreich, mit Belgien und mit Deutschland
- Schaffung eines Verkehrsverbundes der Großregion

### VERLAGERUNG DES GÜTERVERKEHRS:

- Quantitative und qualitative Verbesserung des Angebots an Dienstleistungen und Logistik im Schienengüterverkehr
- Erhöhung der Investitionen im Schienenverkehr im Vergleich zum Straßenverkehr
- Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene und auf die Binnenschifffahrt

### NACHHALTIGE MOBILITÄT:

- Ausrichtung des öffentlichen Beschaffungswesens auf sparsame und emissionsarme Fahrzeuge
- Umsetzung des Aktionsplans zur Förderung der sanften Mobilität (Radwege, kommunale Raumplanung, städtische Entwicklung)
- Steigerung des Anteils von Biokraftstoffen am Treibstoffverbrauch bis 2020 auf 10 %



# ARMUT

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Auf der Tagung des Europäischen Rates von Laeken (Belgien) im Dezember 2001 wurde u. a. die Armutsgefährdungsquote als Maß für die Fortschritte der Mitgliedsstaaten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele im Bereich sozialer Schutz und soziale Eingliederung festgelegt. Darunter wird der Anteil von Personen verstanden, deren verfügbares Einkommen unterhalb der Schwelle für Armutsgefährdung liegt (60 % des verfügbaren Vergleichseinkommens). Daraus ergeben sich für Luxemburg folgende Feststellungen:

- Der Schwellenwert für Armutsgefährdung lag 2009 bei 1.588 Euro pro Monat für einen Einpersonenhaushalt und bei 3.335 Euro pro Monat für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern im Alter unter 14 Jahren;
- 2009 betrug der Anteil der Bevölkerung, der von Armut bedroht ist, insgesamt 14,9 %;
- Familien mit Kindern sind generell dem Armutsrisiko mehr ausgesetzt (19,8 %) als Familien ohne Kinder (8,5 %). Bei Alleinerziehenden liegt das Armutsrisiko bei 52,3 %. Das Armutsrisiko bei Kindern (0 – 17 Jahre) erreicht 22,3 % und bei Jugendlichen im Alter von 18 bis 24 Jahren 21,2 %.

Solche Zahlen in einem der wohlhabendsten Mitgliedsstaaten der EU sind Anlass genug, entsprechende politische Maßnahmen zu ergreifen, um allen Mitgliedern der Gesellschaft den Wohlstand zu ermöglichen, der Voraussetzung einer nachhaltigen Entwicklung ist.

## SO KÖNNEN SIE DER ARMUTSGEFÄHRDUNG ENTGEGENWIRKEN:

- *Informieren Sie sich über Hilfsangebote des Staates und der Gemeinden, informieren Sie andere*
- *Nutzen Sie Betreuungsstrukturen für Kinder zum (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt*
- *Nehmen Sie die Dienstleistungs-Schecks in Anspruch*
- *Bei wohnungsbedingten finanziellen Schwierigkeiten: Beantragen Sie eine Wohnbeihilfe*
- *Wenden Sie sich im Bedarfsfall an das Sozialbüro Ihrer Gemeinde*

## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN:

### BESCHÄFTIGUNG:

- Sicherung von Arbeitsplätzen in Krisenzeiten durch öffentliche Investitionen
- Förderung eines Arbeitsplatzangebots für unterschiedliche Qualifikationen
- Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit durch verbesserte Chancen zum (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt
- Erleichterung des (Wieder-)Einstiegs in den Arbeitsmarkt durch Ausbau der Betreuungsstrukturen für Kinder
- Neugestaltung des Arbeitsamtes (Adem)

### SOZIALE SICHERHEIT:

- Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards und Wohlstands für die Bezieher von Sozialleistungen, insbesondere Kinder und Rentner
- Sensibilisierung der Bezieher des garantierten Mindesteinkommens für die Dienstleistungs-Schecks („Chèques-service accueil“)
- Nachhaltige Unterstützung armutsgefährdeter Familien und Einzelpersonen durch Bereitstellung preiswerten Wohnraums
- Sensibilisierung der Wohnungseigentümer zur Vermietung eines Teils ihrer Wohnungen an die „Agence Immobilière Sociale“ (AIS)
- Regelmäßige Anpassung des Mindestgehalts („salaire social minimum“)
- Keine Rente soll weniger als 90 % des sozialen Mindesteinkommens betragen.
- Einführung einer „Allocation de logement“ für Mieter und Vermieter



# SOZIALER ZUSAMMENHALT

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

In Luxemburg ist die Bevölkerungsentwicklung hauptsächlich durch **Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte** und die **Überalterung der einheimischen Bevölkerung** gekennzeichnet. Da für die neu geschaffenen Arbeitsplätze (jährlich rund 3 %) nicht mehr genügend einheimische qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, ist das Land auf die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte angewiesen.

Diese ausländischen Arbeitskräfte zahlen heute netto erhebliche Summen in die sozialen Sicherungssysteme ein und verursachen kaum Ausbildungs- und Pensionskosten. Dies wird sich aber in Zukunft ändern: Sie haben Anspruch auf Rentenzahlungen, und ihre Kinder benötigen Infrastrukturen und Bildungseinrichtungen. Für die Grenzgänger werden die Rentenansprüche ins Ausland transferiert.

Ab 2020 werden die Ausgaben des Rentensystems, bedingt durch die Überalterung der Bevölkerung, kräftig ansteigen. Die **Reserven im Rentenfonds** werden nach 2020 bis 2035 nahezu aufgebraucht werden. Da von den Langzeitarbeitslosen über die Hälfte aus älteren Arbeitssuchenden mit begrenzter Arbeitsfähigkeit besteht, gilt ihre (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt als schwierig.

Auch die Beschäftigung Jugendlicher wirft Probleme auf: Oft entspricht die **Qualifikation der Arbeitnehmer** nicht den Anforderungen der Arbeitgeber. So weist über die Hälfte der beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitssuchenden nur eine Grundschulausbildung auf.

Die heutige **Bevölkerung Luxemburgs** setzt sich aus ca. 59 % Einheimischen und ca. 41 % gebietsansässigen Ausländern zusammen. Von den Arbeitsplätzen werden allein 43 % durch Grenzgänger aus Frankreich, Belgien und Deutschland besetzt, und 26 % von gebietsansässigen Nicht-Luxemburgern, also weniger als 1/3 von Luxemburgern. Der öffentliche Dienst ist dagegen zu 90 % von Luxemburgern besetzt.

Diese Tendenzen können dazu führen, dass sich (sowohl bei Einheimischen als auch bei Ausländern) **Parallelgesellschaften** entwickeln, die sich auf ihre eigene Identität zurückziehen und den Kontakt zu einander zu verlieren drohen. Dies gilt insbesondere für den sehr hohen Anteil ausländischer Kinder an den Schulen (mit starken regionalen Unterschieden). Die üblichen Integrationsabläufe greifen hier nicht mehr, da sie von der Existenz einer Mehrheitsgesellschaft ausgehen, in die Minderheiten integriert werden.

## SO KÖNNEN SIE ZUM SOZIALEN ZUSAMMENHALT BEITRAGEN:

- *Nutzen Sie die angebotenen Integrationsmaßnahmen*
- *Beteiligen Sie sich am interkulturellen Dialog*
- *Engagieren Sie sich bei gesellschaftlichen und sozialen Prozessen*
- *Erwägen Sie den Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft*



## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN:

### INTEGRATIONSMASSNAHMEN:

- Integrationspolitik mit zwei Bestandteilen: Verpflichtung der Ausländer dauerhaft am gesellschaftlichen Leben Luxemburgs teilzunehmen und Verpflichtung Luxemburgs zur Förderung des sozialen Zusammenhalts (sozial, wirtschaftlich, politisch und kulturell)
- Auswertung der bisherigen Integrationsmaßnahmen im Bereich Bildung (Sprach-, Bürgerrechts- und Orientierungskurse) und Weiterbildung
- Mehrjähriger Aktionsplan zur Förderung der Integration und zur Bekämpfung von Diskriminierungen
- Förderung des interkulturellen Dialogs und der Diversität

### ANGEBOTE AN AUSLÄNDER:

- Sensibilisierung für die politischen Prozesse des Landes (Ziel: Überwindung der Randständigkeit)
- Weiterentwicklung der nationalen Integrationskonferenz (auch auf örtlicher Ebene)
- Doppelte Staatsbürgerschaft
- Aktives Wahlrecht auf kommunaler Ebene (ab 2011)

### ZUSAMMENLEBEN MIT DEN GRENZGÄNGERN:

- Anerkennung als dauerhafter Bestandteil des Luxemburger Modells
- Integration in soziale Prozesse und Strukturen
- Veranstaltung „Tag der Grenzgänger“
- Anreize zum Umzug nach Luxemburg



# GESUNDHEIT

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts kam es in Luxemburg, ähnlich wie in vielen anderen industrialisierten Ländern auch, zu einem erheblichen Rückgang der Sterblichkeit und zu einer stetigen Erhöhung der Lebenserwartung der Bevölkerung. Durch die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, durch wichtige medizinische Errungenschaften, wie die Entwicklung von Antibiotika und Impfstoffen, durch die Verbesserung von Präventionsmaßnahmen und die Anhebung des Bildungsniveaus konnten viele der damals weit verbreiteten, ansteckenden Krankheiten erfolgreich bekämpft werden.

Die Modernisierung der Gesellschaft, mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf die Lebensumstände und Lebensgewohnheiten, hat chronischen Erkrankungen besorgniserregenden Vorschub geleistet. Unausgewogene Ernährung, Bewegungsarmut, Übergewicht, Stress, Umweltbelastungen, übermäßiger Alkoholkonsum und Rauchen gehören zu den wichtigsten Faktoren, die heute bereits in jungen Jahren unsere Gesundheit bedrohen.

In Luxemburg werden nahezu 40 % aller Todesfälle auf Herz-Kreislaufkrankungen zurückgeführt, gefolgt an zweiter Stelle von Krebserkrankungen mit 28 %. 4 % der Bevölkerung leiden an Diabetes Typ II, der hauptsächlich als Folge einer unausgewogenen Ernährung und mangelnder Bewegung auftritt.

Die Häufigkeit von **Unfällen am Arbeitsplatz** bleibt trotz zahlreicher Bemühungen weiterhin hoch, mit durchschnittlich 90 Arbeitsunfällen pro Tag und ca. 14 tödlichen Unfällen pro Jahr. Ein Viertel davon sind Wegunfälle. Von allen Erkrankungen, die als **Berufskrankheiten** gemeldet werden, werden, wie in vielen anderen europäischen Ländern auch, etwa ein Viertel als solche anerkannt. Hierzu gehören vor allem Muskel- und Sehnenscheidenentzündungen durch repetitive und unergonomische Bewegungsabläufe und Belastungen oder Schwerhörigkeit durch Lärmbelastung.

In den letzten Jahren spielen psychosoziale Faktoren am Arbeitsplatz bei der Krankheitsentstehung eine immer wichtigere Rolle. Besonders zu erwähnen sind Stress, Mobbing und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Insgesamt hat auch das Risiko von Belastungen durch chemische Schadstoffe, Schimmelpilzwachstum und elektromagnetische Felder im Wohn- oder Arbeitsbereich zugenommen.

## SO KÖNNEN SIE IHRE GESUNDHEIT NACHHALTIG FÖRDERN:

- *Achten Sie auf eine ausgewogene Ernährung und ausreichend Bewegung*
- *Vermeiden Sie übermäßigen Alkoholkonsum und rauchen Sie nicht*
- *Vermeiden Sie Schadstoffbelastungen im Wohnbereich und am Arbeitsplatz*
- *Beteiligen Sie sich an örtlichen Maßnahmen zur Gesundheitsförderung*

## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN:

### GESUNDE LEBENSWEISE:

- Erstellung von nationalen und kommunalen Programmen und Aktionsplänen zur Gesundheitsförderung
- Förderung einer ausgewogenen Ernährung und mehr Bewegung
- Reduzierung des übermäßigen Alkoholkonsums
- Kampagnen zur Senkung des Tabakkonsums und Maßnahmen gegen das Passivrauchen
- Schulkantinen bieten gesunde und abwechslungsreiche Menüs zu attraktiven Preisen an
- Senkung der Schadstoffbelastung im Wohnbereich in öffentlichen Gebäuden
- Einführung baubiologischer Grundsätze in die Ausbildung der Bauberufe
- Maßnahmen zur Verringerung von Pestiziden und Insektiziden und Reduzierung anderer Schadstoffe im Allgemeinen, insbesondere von Dioxinen und Furanen
- Einhaltung eines Mindestabstands zu Hochspannungsleitungen
- Einbindung gesundheitlicher Aspekte in Planungs- und Genehmigungsprozesse

### KRANKHEITS- UND UNFALLPRÄVENTION:

- Erarbeitung eines Aktionsplans zur Unfallverhütung (Arbeits-, Verkehrs-, Haushalts- und Freizeitunfälle)
- Verbesserung der Fortbildungsangebote im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Verbesserung der Maßnahmen zur Unfallverhütung in den Betrieben
- Förderung der Sicherheitskultur in den Betrieben und Stärkung der Rolle des Sicherheitsbeauftragten
- Vermeidung der Lärmexposition am Arbeitsplatz
- Enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen und Sozialpartnern
- Durchführung der Risikoanalyse im Betrieb und Erstellung des Risikoinventars



# DEMOGRAFISCHER WANDEL

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Eine Schwäche des luxemburgischen Arbeitsmarktes ist die relativ **niedrige Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer**. Die durchschnittliche Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen hat sich in den letzten Jahren kaum verändert und schwankt zwischen 61 % (einheimische Arbeitnehmer) und 67 % (im Ausland wohnhafte Arbeitnehmer). Die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen stieg 2006 auf ca. 33 % der Bevölkerung in dieser Altersgruppe (Einheimische ca. 28 %, Ausländer ca. 43 %, Männer ca. 39 %, Frauen ca. 28 %).

Beim Rentensystem der Privatwirtschaft (allgemeines Rentensystem) liegt das **Renteneintrittsalter** (Frührente) bei ca. 61 Jahren für Frauen und ca. 63 Jahren für Männer. Bei den Invaliditätsrenten fallen die entsprechenden Werte deutlich niedriger aus: ca. 50 Jahre für Frauen und ca. 51 Jahre für Männer.

Heutzutage spielen die älteren Menschen eine **wichtige wirtschaftliche Rolle** als Arbeitnehmer, Verbraucher und Steuerzahler; sie stützen tragfähige Systeme der sozialen Sicherheit und Rentensysteme. Luxemburg steht mit seiner alternden Bevölkerung und einer relativ niedrigen Zahl älterer Arbeitskräfte vor einer großen Herausforderung, da dadurch die langfristige Finanzierung angemessener Renten für die wachsende Zahl der Rentenbezieher gefährdet wird.

Somit könnte sich die Zunahme der Zahl älterer Arbeitnehmer positiv auf alle Politiken und Generationen auswirken. Dies gilt als eine grundlegende Voraussetzung für die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie für einen größeren sozialen Zusammenhalt (Renten-, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit).



## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN:

### STEIGERUNG DER BESCHÄFTIGUNGSQUOTEN :

- Steigerung des Anteils der 20- bis 64-Jährigen Erwerbstätigen auf 75 % (Umsetzung der europäischen Strategie EU2020)
- Steigerung der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt auf 60 %
- Steigerung des Anteils von Migranten an der Zahl der Erwerbstätigen

### STEIGERUNG DER BESCHÄFTIGUNGSQUOTE VON ÄLTEREN ARBEITNEHMERN:

- Bessere Beteiligung älterer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt
- Anpassung der Lebensarbeitszeit an die Entwicklung der Lebenserwartung
- Bessere Vereinbarung von Privat- und Berufsleben („work-life-balance“)
- Änderung der Voraussetzungen für die Beendigung der Berufstätigkeit
- Förderung der Arbeitnehmer bei der Gestaltung einer längeren Lebensarbeitszeit
- Förderung der sozialen Verantwortung der Betriebe (CSR) unter Mitarbeit von Staat und Sozialpartnern (lebenslanges Lernen, Fortbildungsangebote, Seniorenarbeit)

- Auszeichnung von Betrieben, die sich besonders um die Einstellung älterer Arbeitnehmer bemühen
- Beratung über eine Reform der Vorruhestandsregelung mit den Sozialpartnern
- Änderung des Kumulverbots zwischen Gehalt und Rente

### ERLEICHTERUNG DES ÜBERGANGS VON DER SCHULE INS ERWERBSLEBEN:

- Umgestaltung der Sekundarschul-Unterstufe zur Ausrichtung auf die Oberstufe
- Zentrales Berufs- und Beratungszentrum für Schüler (Adem, CPOS, BIZ usw.)
- Beratung, Unterstützung und Begleitung im Hinblick auf eine Stellenvermittlung (Job Coaching)
- Erleichterung des Übergangs von der Schule ins Erwerbsleben (freiwilliger Beratungsdienst, öffentliche Projekte, Sensibilisierungs- und Begleitmaßnahmen)
- Bessere Vermittlung arbeitsloser Jugendlicher und Betreuung der Schulabgänger durch die Arbeitsverwaltung
- Verlängerung von Maßnahmen (CAE, CIE, CIE-EP)
- Systematische Betreuung von Schulabgängern ohne Qualifikation
- Einrichtung einer Schule der 2. Chance

## SO KÖNNEN SIE SICH AUF VERÄNDERTE ARBEITSZEITVERHÄLTNISSE EINSTELLEN:

- *Informieren Sie sich über Angebote zur besseren Vereinbarung von Privat- und Berufsleben*
- *Nutzen Sie Angebote zum lebenslangen Lernen und zur Seniorenarbeit*
- *Für Jugendliche: Engagieren Sie sich in öffentlichen Projekten des freiwilligen Beratungsdienstes*
- *Nutzen Sie die Angebote der Schule der 2. Chance*

# WIRTSCHAFT

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Die Krise der Weltfinanzwirtschaft 2008/09 hat auch Luxemburg nicht verschont und die starke Abhängigkeit des Landes von internationalen Entwicklungen, besonders in der Finanzwirtschaft, deutlich gemacht. Insbesondere ein exzessives Risikoverhalten und Systemrisiken führten zu übermäßigen Spekulationsblasen, die Ausdruck einer unzureichenden Ressourcenallokation sind.

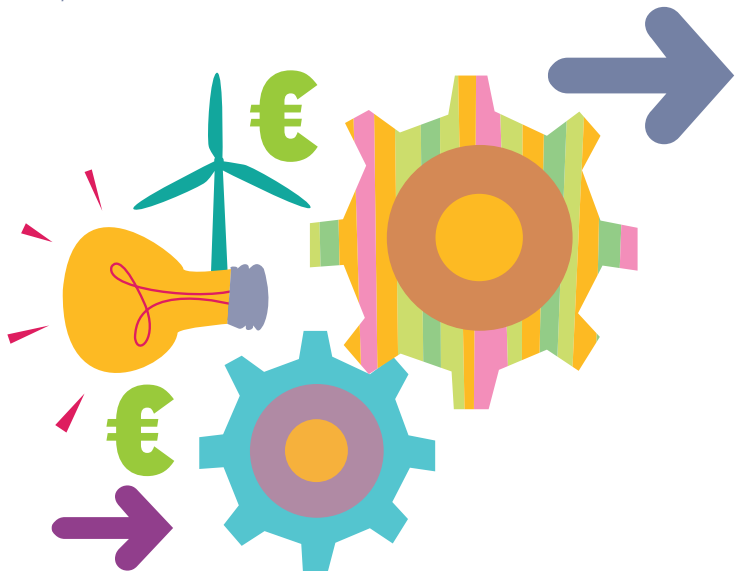
Der Ausbruch der **Finanzkrise** veranlasste viele Regierungen dazu, die nationalen Finanz- und Bankensysteme mit öffentlichen Geldern zu stabilisieren. Dabei zeigte sich, dass es dringend Strukturreformen und einer besseren Regulierung der Finanzmärkte sowie von deren Akteuren und Produkten bedarf, um zukünftig derartige Krisen zu vermeiden.

Die Finanzkrise dehnte sich rasch auf die **Realwirtschaft** aus. Die Regierungen intervenierten, um die Wirtschaftstätigkeit und die Beschäftigung mit antizyklischer Haushaltspolitik zu unterstützen. Dies führte zu hohen Defiziten und einer rasch anwachsenden öffentlichen Verschuldung, deren Refinanzierung mehrere Länder vor schwere Liquiditätsprobleme stellte. In der

Eurozone geriet dadurch die Stabilität der gemeinsamen Währung in Gefahr.

In **Luxemburg** machte der Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise die Überspezialisierung des Landes auf den Finanzsektor deutlich, der sich in den letzten beiden Jahrzehnten zum vorherrschenden Wirtschaftszweig entwickelt hat. Damit einher ging ein Rückgang der Diversifizierung der übrigen Sektoren, so dass Luxemburg in der EU die am **geringsten diversifizierte Wirtschaftsstruktur** aufweisen dürfte. Aufgewogen wird diese Entwicklung durch eine hohe Innovationsrate (insbesondere nicht-technische Innovationen bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)).

Um für künftige Krisen besser gerüstet zu sein, fördert die Regierung eine **selektive Diversifizierung** der Wirtschaft in Abstimmung mit den wirtschaftlichen Akteuren (Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften). Zur Entwicklung und Stärkung weiterer „Standbeine“ erfolgt eine Einbeziehung der Regionalplanung in die Wirtschafts- und Forschungspolitik.



## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN:

### DIFFERENZIERUNG DES FINANZSEKTORS:

- Umgestaltung des Finanzsektors zum Motor einer nachhaltigen Entwicklung durch Entwicklung und Förderung nachhaltiger Anlageprodukte
- Investmentfonds zur Unterstützung der Wirtschaft beim Übergang in eine kohlenstoffarme Ära
- Ausbau der Investmentfonds-Aktivitäten in den Bereichen „Mikrofinanz“, „integrative Finanzsektoren“ und „Islamische Finanz“
- Entwicklung neuer Aktivitäten in den Bereichen „Nachhaltige verantwortungsvolle Investition“ (SRI) und „Philanthropie“

### INNOVATIONSFÖRDERUNG UND DIFFERENZIERUNG DER GESAMTWIRTSCHAFT:

- Sektorale und räumliche Diversifizierung unter Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit
- Förderung von Investitionen sowie Forschung und Entwicklung (FuE) in den Bereichen Breitbandtechnologie, Informationstechnologie (IT), Logistik, Gesundheits- und Umwelttechnologien
- Förderung der Solidarwirtschaft als sektorübergreifendes nachhaltiges Wirtschaftskonzept
- Weitere Finanzierung und Ausbau der Universität

- Investition von jährlich 1 % des BIP aus dem Staatshaushalt in FuE (Ziel bis 2020: öffentliche und private FuE-Ausgaben: 2,6 % des BIP)

### FÖRDERUNG VON UMWELTECHNOLOGIEN:

- Förderung als Standort für Umwelttechnologiebetriebe und Umweltdienstleister
- Rasche Umsetzung der EU-Richtlinien zur Energieeffizienz und zur umweltgerechten Gestaltung sowie Förderung von Betrieben, die diese Richtlinien einhalten
- Weiterentwicklung des Clusters „Eco-Dev“ sowie Begleitung bei Niederlassung von Umwelttechnologiebetrieben
- Gründung eines öffentlichen Fonds zur Unterstützung von Entwicklung und Markteinführung neuer Umwelt- und Energietechnologien
- Förderung der Initiative „SuperDrecksKëscht fir Betriber“ (Entsorgung von gewerblichem Sondermüll)

## SO KÖNNEN SIE DAZU BEITRAGEN, IHRE WIRTSCHAFTLICHE AKTIVITÄT KRISENSICHERER ZU MACHEN:

- *Beachten Sie die EU-Richtlinien zur Energieeffizienz und zur umweltgerechten Gestaltung*
- *Beteiligen Sie sich an der Entwicklung alternativer Zukunftsszenarien*
- *Investieren Sie in Forschung und Entwicklung, sowie Umwelttechnologien*

# ÖFFENTLICHE FINANZEN

---

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Für die Wahrnehmung grundlegender **sozialstaatlicher Aufgaben** (soziale Sicherung, Sicherung von Renten, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, Entwicklungshilfe usw.) und im Rahmen der staatlichen Zukunftsvorsorge (insbesondere durch Investitionen im Sozial- und Umweltbereich) sind ausreichende öffentlichen Finanzen notwendig. Grundlage für die Handlungsfähigkeit des Staates ist ein kurzfristig ausgeglichener Haushalt und längerfristig der Erwirtschaftung von Überschüssen, um die Ausgabensteigerungen durch den demografischen Wandel, bewältigen zu können. Gleichzeitig gilt es die Staatsverschuldung auf einem angemessenen Stand zu halten, um an den Finanzmärkten nicht durch eine niedrige Bewertung durch die Ratingagenturen benachteiligt zu werden.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre und die dadurch verursachten Mehrausgaben führten in Luxemburg zu einer Verschlechterung der öffentlichen Finanzen. Der Überschuss von 2,9 % des BIP in 2008 verwandelte sich 2009 in ein Defizit von -0,7 %, das für 2010 auf ca. -2,8 % gestiegen ist.

Im selben Zeitraum hat sich die **Staatsverschuldung** mehr als verdoppelt (von 6 % des BIP vor der Krise auf 14 % Ende 2009). Zwar bieten die bisherige geringe Staatsverschuldung sowie beträchtliche Rücklagen eine vorteilhafte Ausgangslage für die Bewältigung der wirtschaftlichen und haushaltsmäßigen Herausforderungen der Zukunft, dennoch hat sich die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen insgesamt verschlechtert:

- kurz- und mittelfristig bewirken das schwächere Wachstum und verschiedene Risiken durch schwankende Einnahmen einen Einnahmerückgang;
- gleichzeitig drohen mittel- und langfristige Ausgabensteigerungen durch den demografischen Wandel. So dürften die öffentlichen Ausgaben im Sozialbereich von 19,5 % im Zeitraum 2004 bis 2010 auf über 27 % im Zeitraum 2040 bis 2050 anwachsen.

Zusammen stellen diese beiden Entwicklungen Luxemburg vor neue Herausforderungen.



## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN

### WEITSICHTIGE HAUSHALTPOLITIK:

- Langfristige Erwirtschaftung eines Haushalts mit Überschüssen zur Finanzierung der durch den demografischen Wandel bedingten Ausgabensteigerung
- Bessere Kontrolle der öffentlichen Ausgaben (durch höhere Qualität und Effizienz)
- Verringerung der Abhängigkeit von unbeständigen und/oder stark schwankenden Einnahmen (z. B. Treibstoffexport)
- Überprüfung von Subventionen und Steuern unter Kriterien der ökonomischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit; Abbau nicht-nachhaltiger Subventionen
- Vermeidung einer höheren Steuerbelastung für Wirtschaft und Bürger

### ABSICHERUNG DER SYSTEME DER SOZIALEN SICHERUNG:

- Beibehaltung der Finanzierung durch Staat und Sozialpartner
- Gerechte Aufteilung des verfügbaren Einkommens zwischen Beschäftigten und Rentnern
- Mehrjährige Planung der Krankenhausinfrastrukturen
- Sicherstellung der Finanzierung der Krankenhäuser anhand vergleichbarer, transparenter Kriterien
- Förderung der Praxis der Substitution von Arzneimitteln (Generika)
- Koordinierung von Krankenhaus- und Privatlaboratorien



# INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

---

In einer globalisierten Welt kann kein Land alleine eine nachhaltige Entwicklung bewirken. Die Globalisierung der Weltwirtschaft hat dazu geführt, dass einige Länder wirtschaftlich, sozial und umweltpolitisch als Gewinner, andere dagegen als Verlierer dieses Prozesses dastehen.

Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf dem UN-Millenniumsgipfel im Jahre 2000 dazu verpflichtet, weltweit die **Armut bis 2015 um die Hälfte zu vermindern** und in diesem Zeitraum die UN-Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Im 2007 erschienenen „Halbzeitbericht“ sind für einige Länder Fortschritte hin zu diesen Zielen verzeichnet, während es für den afrikanischen Kontinent immer schwieriger wird, im vorgesehenen Zeitraum diese Ziele zu erreichen.

Somit bedarf es weiterer Anstrengungen, um in den verbleibenden Jahren die weltweite Entwicklung zu mehr Nachhaltigkeit und globaler Sicherheit zu fördern. Die Beseitigung der Armut bietet nicht nur der Bevölkerung der Entwicklungsländer Perspektiven zur Nachhaltigkeit, sondern sie trägt auch zur internationalen Stabilität und zur Eindämmung der illegalen Migration bei.

Deshalb hat sich die luxemburgische Regierung 1992 auf der Rio-Konferenz dazu verpflichtet, ihren finanziellen Beitrag der **Entwicklungshilfe** auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) anzuheben; dieses Ziel wurde 2000 erreicht. 2004 hat die Regierung beschlossen, diesen Beitrag künftig auf 1 % des BNE festzuschreiben und dabei die Effizienz, die Qualität und die Kohärenz der eingesetzten Mittel im europäischen und internationalen Umfeld zu fördern.

Dieser Schritt beruht auf der Erkenntnis, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich ist, wenn verschiedene Teile der Welt in absoluter Armut, Krieg und Gewalt sowie mit der Bedrohung ihres natürlichen Umfeldes leben müssen. Dabei geht es nicht nur um die Aufstockung der verfügbaren Finanzmittel, sondern auch um eine gezielte nachhaltige Gestaltung im Sinne der UN-Millenniumsziele. Dazu gehören auch die Kontrolle der sachgerechten Verwendung der Mittel und die Bekämpfung von Missbrauch (z. B. Waffenkäufe) und die Förderung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel.

## SO KÖNNEN SIE EINEN BEITRAG ZU INTERNATIONALER NACHHALTIGKEIT LEISTEN:

- *Bevorzugen Sie Produkte aus fairem Handel*
- *Unterstützen Sie nichtstaatliche Organisationen, die sich durch gezielte Projekte für eine gerechte Umwelt- und Entwicklungspolitik einsetzen.*
- *Achten Sie bei Holzprodukten auf zertifiziertes Holz (FSC, PEFC)*

# NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN :

## NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSHILFE:

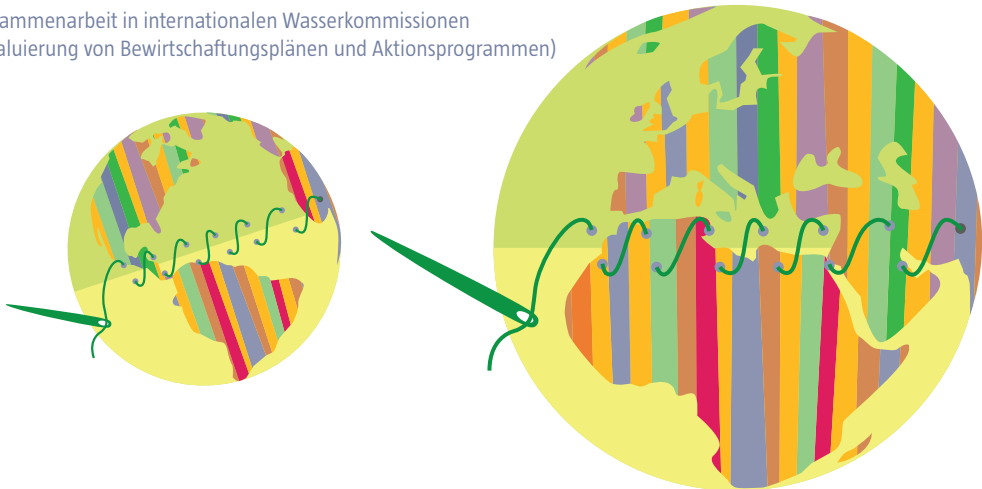
- Technologietransfers und technische Zusammenarbeit im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz, des nachhaltigen Bauens, eines nachhaltigen Umgangs mit natürlichen Ressourcen, einer verbesserten Forstwirtschaft, sowie einer nachhaltigen Landwirtschaft
- Unterstützung der Partnerländer bei der Adaptation an den Klimawandel und – im Rahmen der Möglichkeiten – der Begrenzung bzw. Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen
- Aufrechterhaltung der Entwicklungshilfe auf 1 % des Bruttonationaleinkommens (BNE)
- Unterstützung des „fairen Handels“ (z. B. durch Berücksichtigung der entsprechenden Produkte beim öffentlichen Beschaffungswesen)
- Ausloten der Möglichkeiten zur wissenschaftlichen und interuniversitären Zusammenarbeit mit den Partnerländern

## GLOBALE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG:

- Stärkung der multilateralen Umweltübereinkommen bzw. staatlicher Umweltschutzmaßnahmen
- Verantwortliches Regierungshandeln und Vorrang für öffentliche Investitionsprogramme zur nachhaltigen Entwicklung
- Zunehmende Anwendung der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in den Betrieben (CSR)
- Unterstützung der UN-Initiativen „Grundsätze für verantwortungsvolle Investitionen“ und „Wachsende integrative Märkte“

## BIOLOGISCHE VIelfALT:

- Vorrangige Berücksichtigung von zertifiziertem Holz (FSC, PEFC) beim öffentlichen Beschaffungswesen
- Vermeidung des Verlusts der biologischen Vielfalt sowie der Gefährdung der Nahrungsmittelsicherheit als Folge der Erzeugung von Biokraftstoffen
- Beitrag zum Schutz des Tropenwaldes
- Zusammenarbeit in internationalen Wasserkommissionen (Evaluierung von Bewirtschaftungsplänen und Aktionsprogrammen)



# BILDUNG

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Bildung ist ein **Schlüsselfaktor der Nachhaltigkeitspolitik**: Das Bildungssystem soll sowohl ein möglichst hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau gewährleisten als auch Inhalte, Kompetenzen und Werte in Bezug auf Kultur-, Identitäts- und Geschichtsbewusstsein vermitteln. Dadurch soll jeder Einzelne befähigt werden, Nachhaltigkeitsfragen selbst erfolgreich zu entscheiden.

In Luxemburg sind die schulischen Resultate zu sehr durch die soziale Herkunft und die Muttersprache geprägt (hoher Anteil von Kindern aus bildungsschwachen Familien und über 40 % Schüler nicht-luxemburgischer Herkunft). Um Chancengerechtigkeit zu erreichen, gilt es die unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der Schüler zu kompensieren. Dies trägt durch gesellschaftliche Teilhabe, Persönlichkeitsentwicklung und erhöhte Beschäftigungsfähigkeit zur Lebensqualität bei.

Ziel ist, das Bildungs- und Qualifikationsniveau auf allen Bildungsebenen (Abitur, Fachabitur, Techniker-ausbildung, Berufsausbildung und Erwachsenenbildung) anzuheben. Es gilt, die Schulabbrecherquote dauerhaft

zu senken, den Anteil der Schüler mit Abschluss der Sekundarstufe II, den Anteil der Hochscholstudenten und die Teilnahme Erwachsener an Fortbildungsmaßnahmen zu erhöhen.

Als gesamtgesellschaftlicher Wandlungsprozess setzt nachhaltige Entwicklung **Kompetenzen und Fachwissen** über komplexe Zusammenhänge sowie veränderte Einstellungen und Lebensweisen voraus. Grundlage hierfür sind **fächerübergreifendes Lernen, Denken und Handeln**. Die Bedeutung der Bildung bei diesem Thema wurde von der UN mit der Erklärung des Zeitraums 2005 bis 2014 zur Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ hervorgehoben. Alle Mitgliedsländer sind aufgerufen, den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung in ihren Bildungssystemen zu verankern.

## SO KÖNNEN SIE NACHHALTIGKEIT LERNEN:

- *Nutzen Sie die Angebote für lebenslanges Lernen*
- *Interessieren Sie sich für Nachhaltigkeitsmaßnahmen zu Wohnungsbau, Ernährung und Konsum*
- *Für Jugendliche: Interessieren Sie sich für Nachhaltigkeit in Ihrer Schule*

## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN:

### QUALIFIZIERENDE SCHULPOLITIK:

- Kompetenzorientierter Unterricht auf allen Schulebenen und in allen Schulfächern
- Verbesserte schulische Beratung beim Übergang zwischen den verschiedenen Schulformen und Berufsberatung in Schulen und Beratungszentren
- Erleichterung des Übergangs von der Schule ins Erwerbsleben und Begleitung im Hinblick auf eine Stellenvermittlung (freiwilliger Beratungsdienst, öffentliche Projekte, Sensibilisierungs- und Begleitmaßnahmen)
- Systematische Betreuung von Schulabgängern ohne Qualifikation und bessere Vermittlung arbeitsloser Jugendlicher
- Erhöhung des Qualifikationsniveaus über den zweiten Bildungsweg
- Erarbeitung einer nationalen Strategie für lebenslanges Lernen
- Verbesserung der Kontakte und verstärkte Kooperation zwischen Schule und Universität (gemeinsame Projekte, „Kinderuni“)
- Bessere Informationspolitik zu Hochschulfragen durch die beteiligten Ministerien (Hochschule und Forschung, Bildung und Berufsbildung, Arbeit)
- Konsolidierung der staatlichen Beihilfen für Hochschulstudenten

### BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

- Vernetztes Lernen für ein besseres Verständnis der Zusammenhänge zwischen den einzelnen Dimensionen der Nachhaltigkeit (Ökologie, Soziales, Wirtschaft, Institutionen)
- Festlegung von Kern-Kompetenzen und Kernthemen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Schaffung einer Auszeichnung „nachhaltige Schule“
- Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung auf der informellen Ebene (Horte, Jugendpolitik, Zusammenarbeit mit NROen)
- Verbesserte Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren



# GLEICHSTELLUNG

---

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Zur nachhaltigen Entwicklung gehört auch eine Gesellschaftspolitik, in die die **gesamte Bevölkerung** einbezogen ist. Anhand der Lebensrealitäten von Frauen und Männern gilt es zu ermitteln, in welchen Bereichen die Gleichstellung (noch) nicht gelungen ist und welche Auswirkungen sich daraus auf die Lebensqualität des Einzelnen ergeben. Für Luxemburg lassen sich folgende Feststellungen treffen:

- In staatlichen Organen sind Frauen in Führungspositionen deutlich **unterrepräsentiert** (Minister: ca. 27 %; Abgeordnete: ca. 23 %; Mitglieder des Staatsrates: ca. 29 %; Bürgermeister: ca. 10 % Frauen).
- Im Privatleben wird der **Elternurlaub** zu etwa  $\frac{1}{4}$  von Männern und zu etwa  $\frac{3}{4}$  von Frauen in Anspruch genommen.
- **Teilzeitarbeit** wird von ca. 35 % der Frauen, aber nur von ca. 5 % der Männer geleistet.
- Insgesamt sind ca. 55 % der Frauen und ca. 73 % der Männer berufstätig.
- In den Verwaltungsräten der Unternehmen sind nur 16 % Frauen vertreten, in der Geschäftsführung ca. 24 %.
- Der **Lohnunterschied** beträgt ca. 12 % zuungunsten von Frauen.
- 23 % der Frauen verdienen weniger als 2.000 Euro pro Monat (gegenüber 10 % der Männer).
- Das Risiko, **arbeitslos** zu werden, ist für Frauen bei sonst gleichen Bedingungen zweimal höher als für Männer.

Teilzeitarbeit und niedrigerer Lohn wirken sich nachteilig auf die **Rentenansprüche** aus, so dass Frauen (auch bei Scheidung) stärker auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Daraus ergeben sich für Frauen lang andauernde Benachteiligungen hinsichtlich Einkommen, sozialer Sicherung und Karrierechancen.

Das traditionelle Rollenbild der Frau als der für Erziehung, Versorgung und Pflege zuständigen Person bestimmt weiterhin die gesellschaftliche Realität, ohne dass diese (unentgeltlich geleistete) **Nicht-Erwerbsarbeit** ausreichend gewürdigt wird. Deshalb gilt es verstärkt, auf eine Beteiligung von Männern an der Haushaltsführung sowie auf deren Tätigkeit in Pflege- und Versorgungsberufen hinzuwirken.



## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN:

### GLEICHSTELLUNG BEI ERWERBSTÄTIGKEIT UND ENTLOHNUNG:

- Beseitigung der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen
- Konzentrierte Maßnahmen der zuständigen Ministerien (Arbeit, Wirtschaft, Bildung, Familie, Gleichstellung) und der Sozialpartner zur Gleichstellung im Arbeitsleben
- Kontinuierliche Vergleichsanalyse der Rentenansprüche von Frauen und Männern
- Einrichtung von Gleichstellungs-Kompetenzstellen in allen Ministerien
- Geschlechtsspezifische Aufschlüsselung aller Indikatoren für Lebensqualität
- Berücksichtigung von Nicht-Erwerbsarbeit in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
- Erhebung des Zeitaufwands über repräsentative Zeitkonten

### GERECHTERE AUFGABENVERTEILUNG:

- Erhöhte Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen (in Politik, Beruf und Gesellschaft)
- Verstärktes Engagement von Männern in Haushaltsführung und Familienbetreuung
- Stärkere Beteiligung von Männern an Pflege- und Versorgungsberufen
- Weiterentwicklung der Initiative „Boys’ Day“ und „Girls’ Day“
- Stärkung von Unternehmerinnengeist und -kompetenz von Frauen

## SO KÖNNEN SIE ZU EINER NACHHALTIGEN GESELLSCHAFTSPOLITIK BEITRAGEN :

- *Für Frauen: Beteiligen Sie sich an Entscheidungsprozessen in Politik, Beruf und Gesellschaft*
- *Erwägen Sie die Gründung eines Unternehmens*
- *Für Männer: Engagieren Sie sich in der Familienbetreuung und Haushaltsführung*
- *Für Jugendliche: Nehmen Sie an der Initiative „Boys’ Day“ und Girls’ Day“ teil*

# POLITISCHE KOHÄRENZ

---

## DIE DERZEITIGE LAGE IN LUXEMBURG:

Unter einer kohärenten Politik ist eine Politik zu verstehen, die durch **Koordinierung** auf Regierungsebene, aber auch zwischen Staat und Gemeinden bzw. Grenzregionen und mit der Zivilgesellschaft sowie durch die Umsetzung und Gestaltung europäischer Politik gekennzeichnet ist.

In Luxemburg funktioniert diese Koordinierung in einigen Bereichen beispielhaft; in anderen Bereichen bleibt die Abstimmung bisher deutlich unter dem europäischen Standard. Hier führen bürokratische Abgrenzungen und formalisierte Verwaltungsabläufe zu Doppelarbeit und widersprüchlichen Initiativen. Auch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ist verbesserungsfähig. Bei der Abstimmung mit den Gemeinden ist die Abstimmung über Ziele, Instrumente und Mitteleinsatz nicht zufriedenstellend. So bedarf es statt kreativer Einzelmaßnahmen z. B. einer umfassenden **Reform der Gemeindefinanzen**.

Nachteilig bemerkbar macht sich auch ein Kompetenz- und Politikdefizit bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien. Ferner fehlt es an einer institutionalisierten Koordinierung zur Zusammenfassung der politisch-gesellschaftlichen Aspekte (z. B. regelmäßiger Abstimmungsprozess auf Regierungsebene). Die **Vermittlung des Konzepts Nachhaltigkeit** und die sich daraus ergebenden Ansätze und Verwaltungsabläufe verdient einen größeren Einsatz.

Wegen der engen Vernetzung Luxemburgs mit den Grenzregionen darf sich die Abstimmung nicht nur auf die internen Entscheidungsprozesse und Abläufe beschränken. Vielmehr bedarf es einer verstärkten **Zusammenarbeit mit den Grenzregionen** und angepasster Planungsprozesse (z. B. Landesentwicklung), um die Vor- und Nachteile der für die Grenzräume geplanten Entwicklung besser auszugleichen.

## SO KÖNNEN SIE ZU POLITISCHER KOHÄRENZ BEITRAGEN:

- *Engagieren Sie sich in den Gremien für die Zivilgesellschaft*
- *Interessieren Sie sich für die Neugestaltung der Gemeinden*
- *Beteiligen Sie sich an lokalen Agenda21-Prozessen*



## NACHHALTIGKEITSZIELE UND MASSNAHMEN

### EINBEZIEHUNG DES NACHHALTIGKEITSPRINZIPS IN ALLE POLITIKBEREICHE:

- Koordinierung der Nachhaltigkeitspolitik und Erfolgskontrolle auf höchster hierarchischer Ebene (Vorbesprechung der Kabinettsitzungen)
- Abstimmung der Planungsprozesse zwischen den Ministerien und Einbeziehung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Belange
- Umfassende Einbeziehung des Parlaments in die Vorbereitungen von EU-Entscheidungen

### VERBESSERTE GEMEINDEN:

- Verbesserte Handlungsfähigkeit durch Neugliederung der Gemeinden (freiwillige Zusammenschlüsse)
- Stärkung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit (Bildung eines Stadtverbands, lokale Autonomie, Abfallentsorgung, gemeinsame Naturschutzprojekte und -programme)
- Ausrichtung der Stadt- und Kommunalentwicklung am Angebot öffentlicher Verkehrsmittel (Anbindung an den ÖPNV)

- Einleitung bzw. Aktivierung von lokalen Agenda21-Prozessen (Aktionsplan „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“)
- Instrumentarium für eine zukunftsfähige kommunale Energiepolitik (Bauplanung, Ausschreibungen)
- Grenzüberschreitende sektorale und kommunale Planung
- Funktionale Mischung der urbanen Grundfunktionen in Kombination mit einer sozialen Durchmischung durch ein ausreichendes Angebot von nachhaltig gestaltetem Wohnraum in verschiedenen Preisklassen und unterschiedlichen Wohnformen

### MITEINBEZIEHUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT:

- Einbeziehung in die Beratung über politische Entscheidungen (auf nationaler und EU-Ebene)
- Stärkung des Vertretungsorgans (Rat für nachhaltige Entwicklung)



NOTIZEN

Handwriting practice lines consisting of 20 horizontal dashed lines.

Den kompletten Text des PNDD finden Sie in deutscher und französischer Sprache auf **[www.pndd.lu](http://www.pndd.lu)**

**Haben Sie Fragen oder Anregungen zum PNDD?**

Dann schicken Sie uns eine E-Mail an [pndd@mddi.lu](mailto:pndd@mddi.lu) oder rufen Sie an unter +352 24 78 68 17.



MINISTÈRE  
DU DÉVELOPPEMENT DURABLE  
ET DES INFRASTRUCTURES

Aménagement territoire  
Environnement  
Transports  
Travaux publics  
Pour  
un développement  
durable

COMED

